

# Die Palästinenser:innen in Lateinamerika wurden auch schon vor der Nakba enteignet

Marc Martorell Junyent, mondoweiss.net, 07.11.22

**Nadim Bawalsas neues Buch hilft uns, das Recht auf Rückkehr neu zu betrachten und die Palästinenser:innen einzubeziehen, die durch die Politik der britischen Mandatsmacht lange vor der Nakba 1948 an der Rückkehr in ihre Heimat gehindert wurden.**

Die Briten erließen 1925 die palästinensische Staatsbürgerschaftsverordnung. Diese sah vor, dass im Ausland lebende Palästinenser:innen zwei Jahre Zeit hatten, die Staatsbürgerschaft zu beantragen, sofern sie während dieser zwei Jahre mindestens sechs Monate in Palästina gelebt hatten. Drei Monate nach der Verabschiedung des Erlasses wurde die Frist auf nur ein Jahr verkürzt.

Was bedeutet es Palästinenser:in zu sein? Wie erlebt man das Exil, wenn man vor dem Aufkommen der modernen Telekommunikation Tausende von Kilometern von seinem Heimatland entfernt lebt? Wurde das Recht auf Rückkehr für Palästinenser:innen mit der Nakba 1948 begründet, oder ist es tatsächlich älter? Dies sind einige der entscheidenden Fragen, mit denen sich Nadim Bawalsa in seinem neulich erschienenen Werk *Transnational Palestine: Migration and the Right of Return Before 1948* beschäftigt. Der Historiker Nadim Bawalsa ist zurzeit Redakteur des palästinensischen Politiknetzwerks *Al-Shabaka* und hat ein Buch über das Rückkehrecht der Palästinenser:innen geschrieben.

Zumindest in zwei wichtigen Punkten ist das Buch untypisch: einmal was den geografischen Schwerpunkt betrifft, nämlich Lateinamerika, und zweitens der historische Zeitraum, den es abdeckt, die 1920er und 1930er Jahre.

Bawalsa lenkt unsere Aufmerksamkeit auf ein wenig erforschtes Phänomen: das Schicksal der Palästinenser:innen, die vor Beginn des Ersten Weltkriegs nach Lateinamerika ausgewandert sind. Nachdem die Türkei 1923 den Vertrag von Lausanne unterzeichnet hatte, verloren diese palästinensischen Migranten ihre osmanische Staatsbürgerschaft und wurden „faktisch staatenlos“ (1).

Inzwischen hatte ein vom Völkerbund genehmigtes britisches Mandat die osmanische Verwaltung in Palästina ersetzt. Die Briten erließen 1925 die palästinensische Staatsbürgerschaftsverordnung. Der Erlass sah vor, dass im Ausland lebende Palästinenser:innen zwei Jahre Zeit hatten, die palästinensische Staatsbürgerschaft zu beantragen, sofern sie während dieser zwei Jahre mindestens sechs Monate in Palästina gelebt hatten. Außerdem war der Erfolg des Antrags abhängig davon, dass die Palästinenser:innen ihre Absicht nachwiesen, sich dauerhaft in Palästina niederzulassen, falls die Staatsbürgerschaft gewährt würde.

Zu allem Übel wurde drei Monate nach der Verabschiedung der palästinensischen Staatsbürgerschaftsverordnung die ursprünglich zweijährige Frist für die Beantragung der Staatsbürgerschaft auf nur ein Jahr

verkürzt. Die Änderung wurde im Ausland nicht groß bekannt gemacht, so dass viele Palästinenser:innen in Lateinamerika nicht wussten, dass sie nun gezwungen waren, sich nur noch drei Monate in Palästina aufzuhalten, um sich für die Staatsbürgerschaft zu qualifizieren, nachdem bereits drei Monate vergangen waren und ein Mindestaufenthalt von sechs Monaten in Palästina erforderlich war.

### **Kaufleute ohne Heimat**

Die Palästinenser:innen in Lateinamerika blieben angesichts der Ungerechtigkeit, die ihnen widerfuhr, nicht untätig. Sie mobilisierten über ihre sozialen Organisationen und Zeitungen, um die britische Einwanderungspolitik für Palästina zu beanstanden.

Was die palästinensische Staatsbürgerschaftsverordnung von 1925 betraf, waren die palästinensischen Migrant:innen in Lateinamerika durch ihre Lebensumstände besonders gefährdet. Die mehrheitlich christlichen Migrant:innen, hatten sich ihren Lebensunterhalt in Amerika oft zunächst mit dem Verkauf von Waren wie Olivenholz, Ölen und anderen aus Palästina stammenden Produkten verdient. Im Laufe der Zeit etablierten als Händler- oder Geschäftsinhaber:innen auf dem amerikanischen Kontinent.

Diese palästinensischen Unternehmer:innen hatten Geld und persönlichen Einsatz in den Aufbau von Handelsnetzen und soziale Beziehungen vor Ort investiert, die sie nur zu hohen Kosten aufgeben hätten müssen, wenn sie kurzfristig nach Palästina zurückkehren mussten. Außerdem waren viele aus geschäftlichen Gründen häufig auf Reisen. Ohne gültigen Reisepass würden sie sich in ihren Geschäftsmöglichkeiten behindert sehen.

Die unfairen Bedingungen, die den palästinensischen Migranten auferlegt wurden, die sich um die Anerkennung als palästinensische Staatsbürger bemühten, entstanden nicht in einem Vakuum. Wie Bawalsa erklärt, „waren die Entscheidungen, die Anträge von Juden und Jüdinnen auf Staatsbürgerschaft zu genehmigen und die von palästinensischen Migranten abzulehnen, untrennbar miteinander verbunden“ (2). Wie der amerikanisch-britische Autor Charles Glass treffend zusammenfasst\*, sicherten die britischen Behörden während der gesamten Mandatszeit in Palästina „die jüdische Einwanderung, förderten die jüdische Ansiedlung, subventionierten die jüdische Verteidigung und ‚schützten‘ den *Jischuw* (wie sich die jüdische Minderheit in Palästina nannte) vor der einheimischen Bevölkerung“.

Die Palästinenser:innen in Lateinamerika blieben angesichts der Ungerechtigkeit, die ihnen widerfuhr, nicht untätig. Sie mobilisierten über ihre sozialen Organisationen und Zeitungen, um die britische Einwanderungspolitik für Palästina zu beanstanden. Die britischen Behörden in London und Jerusalem wurden mit Tausenden von Petitionen von Palästinenser:innen aus Lateinamerika überschwemmt.

Obwohl die Palästinenser:innen in Lateinamerika bei einigen britischen Konsuln dort und bei Beamten in London und Jerusalem gelegentlich auf offene Ohren stießen, sprechen die von Bawalsa zitierten Statistiken für sich.

Palästinenser:innen in Lateinamerika hatten bis 1937 9.000 Anträge auf Staatsbürgerschaft gestellt, von denen nicht mehr als 100, ein verschwindend geringes Prozent, angenommen wurden. Wenn es nicht mehr

Anträge gab, dann deshalb, weil „die schiere Unmöglichkeit auf die Erlangung der Staatsbürgerschaft viele Auswanderer davon abhielt, es überhaupt zu versuchen“, wie Professor Cecilia Baeza, die sich ausführlich mit der palästinensischen Diaspora in Lateinamerika beschäftigt hat, feststellte\*\*.

*Transnational Palestine* befasst sich umfassend mit der Mobilisierung gegen den palästinensischen Staatsbürgerschaftserlass in Mexiko und Chile, zwei der Länder, in denen viele palästinensische Migrant:innen lebten. Bawalsas Arbeit, die sich auf Archivrecherchen in London, Jerusalem und Santiago de Chile stützt, zeigt, dass sich die Antragsteller:innen gekonnt der Sprache des internationalen Rechts bedienten. Sie argumentierten, dass die äußerst restriktiven Bedingungen für die Staatsbürgerschaft, die den palästinensischen Migrant:innen auferlegt wurden, einen Missbrauch der Macht darstellten, mit der Großbritannien vom Völkerbund bei der Schaffung des *Mandats für Palästina* ausgestattet worden war.

Außerdem setzten die Antragsteller:innen spezifische Strategien ein, die auf das Selbstverständnis der Briten als wohlwollende Verwalter abzielten. So wurde in einer Petition des *Centro Social Palestino* in Monterrey, die auch von Palästinenser:innen in anderen Städten Mexikos unterstützt wurde, argumentiert, dass die britische Migrationspolitik für Palästina „weder gerecht noch vernünftig für eine Nation wie England mit äußerst liberalen Verhaltensregeln erscheint, die die volle Ausübung aller Arten von Rechten erlaubt“ (3).

### **Kampf gegen Staatenlosigkeit**

Gelegentlich hatten die Argumente eine emotionale Komponente. In einer anderen Petition, die von mexikanischen Palästinenser:innen verfasst wurde, heißt es, dass sie, wenn ihnen die palästinensische Staatsbürgerschaft nicht gewährt würde, sie „Geächtete, Menschen ohne Land, Personen ohne die grundlegenden Bindungen eines Heimatlandes“ wären (4). Da die Länder in denen sie lebten die Einbürgerung scheuten, drohte den lateinamerikanischen Palästinenser:innen das Schreckgespenst der dauerhaften Staatenlosigkeit. Ihnen wurde „das Recht, Rechte zu haben“ verweigert, wie Hannah Arendt die Situation derjenigen beschrieb\*\*\*, die, wie sie selbst achtzehn Jahre lang, staatenlos geworden waren.

*Transnational Palestine* ist nicht nur eine Beschreibung der schmerzlichen Unsicherheit im Leben der Palästinenser:innen in Lateinamerika. Es ist auch eine Diskussion darüber, wie Palästina durch die starke Mobilisierung dieser Gruppe von Palästinenser:innen wirklich transnational wurde. Die lateinamerikanischen Palästinenser:innen wurden häufig von ihren Verwandten in Palästina und den dortigen arabischen Behörden unterstützt. Wie Lauren Banko feststellt, „lehnte die palästinensisch-arabische Führungsebene das Staatsbürgerschaftsgesetz einstimmig mit der Begründung ab, dass es gebürtigen Palästinenser:innen die Staatsbürgerschaft verweigere“.

Die Petitionen der meisten Palästinenser:innen in Lateinamerika an die Briten blieben erfolglos. Aber wie Bawalsa feststellt, „bildeten sie im Laufe des Prozesses ein eigenständiges politisches und rechtliches Kollektiv, das eindeutig palästinensisch war und sich für die Selbstbestimmung Palästinas einsetzte“ (5). Ihre Mobilisierung definierte die Bedeutung des „Palästinensisch-Seins“, das zwei Jahrzehnte vor der Nakba, die Hunderttausende von Palästinenser:innen aus ihrer Heimat vertrieb, zur Identifikation auf dem gesamten Kontinent wurde.

UN-Vermittler Graf Folke Bernadotte, wies 1948 auf das Recht der Palästinenser:innen auf Rückkehr nach Palästina hin, bevor er von der *Stern*-Miliz ermordet wurde, einer extremistischen zionistischen Organisa-

tion unter der Führung von Menachem Begin, dem späteren israelischen Premierminister. *Transnational Palestine* zeigt, dass den Palästinensern in Lateinamerika ihre nationalen Rechte zu Unrecht verweigert wurden, lange bevor der Staat Israel gegründet wurde.

Bawalsa gelingt es, den zeitlichen und geografischen Horizont der Leser:innen zu erweitern, wenn dieser über das Recht auf Rückkehr nachdenkt, und so hilft er uns, die Geschichte der Enteignung der Palästinenser:innen besser zu verstehen.

*Marc Martorell Junyent hat einen Master-Abschluss in Vergleichender Politik und Gesellschaft des Nahen Ostens an der Eberhard Karls Universität Tübingen und der American University in Kairo gemacht. Sein Hauptinteresse gilt der Politik und Geschichte des Nahen Ostens, wobei er sich für die Regionen Iran, Türkei, Jemen, Tunesien und Israel/Palästina interessiert.*

(1) Nadim Bawalsa, *Transnational Palestine: Migration and the Right of Return Before 1948* (Stanford: Stanford University Press, 2022), p. 75.

(2) Ibid., p. 85.

(3) Ibid., p. 127.

(4) Ibid., p. 133.

(5) Ibid., p. 112

\* <https://www.theguardian.com/books/2001/may/31/londonreviewofbooks>

\*\* <https://www.palestine-studies.org/en/node/162937>

\*\*\* <https://www.newyorker.com/news/our-columnists/the-right-to-have-rights-and-the-plight-of-the-stateless>

Quelle:

<https://mondoweiss.net/2022/11/the-palestinians-of-latin-america-were-dispossessed-before-the-nakba/>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de